

Papierlage ist nicht alles

Wie in der Präventionspraxis über den Einsatz von Präventionsprogrammen entschieden wird

Frederik Tetzlaff

Die Güte der Auswahl und Implementation von Präventionsprogrammen hat empfindlichen Einfluss auf die Erfolgsaussichten präventiver Maßnahmen. Aus wissenschaftlicher Forschung und Evaluation ist bereits vieles über die Wirksamkeit von Präventionsprogrammen und den Kriterien einer erfolgreichen Implementation bekannt. Gleichzeitig ist jedoch zu konstatieren, dass Evidenz nicht das einzige Kriterium ist, das für Akteur:innen der Prävention maßgeblich ist. In dem vorliegenden Beitrag wird untersucht, wie Entscheidungen über die Auswahl von Präventionsprogrammen im Bereich Entwicklungsförderung und Gewaltprävention getroffen werden. Ziel ist es, eine höhere Sensibilität für Hürden und Kriterien der Akteur:innen in der Praxis zu entwickeln und Anschluss für weitere Unterstützungsleistungen in der Stärkung evidenzbasierter Prävention zu bieten.

Hintergrund, Fragestellung und Zielsetzung der Untersuchung

Für die Stärkung evidenzbasierter Prävention ist es zunächst eine wichtige Voraussetzung zu untersuchen, wie Akteur:innen präventiver Praxis derzeit Entscheidungen für/gegen die Umsetzung eines Präventionsprogramms gestalten. Dieses Erkenntnisinteresse verfolgt die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention u. a. im Projekt „Bundesweite, strukturelle Stärkung der Evidenzbasierung von Präventionsmaßnahmen im Themenfeld Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“, welches vom Bundesministerium der Justiz gefördert wird. Teil dieses Projekts ist es in Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen bestehende Programmempfehlungen (u. a. Grüne Liste Prävention, Wegweiser Prävention) leichter zugänglich zu machen. In einem übergeordneten Portal für Fachpublikum sollen die bereits verfügbaren Empfehlungen und weiterführende Informationen gebündelt und bedarfsgerecht aufbereitet werden. In dem hier vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse einer zugehörigen Bedarfserhebung vorgestellt. Ziel ist es festzustellen, wie Akteur:innen der Präventionspraxis ihre Entscheidungen für/gegen ein Präventionsprogramm gestalten und anhand welcher Kriterien diese getroffen werden. Erst anschließend kann ermittelt werden, wie Informationen für präven-

tive Akteur:innen gestaltet sein müssen, um bedarfsgerecht unterstützen zu können.

Untersuchungsanlage

Untersuchungsgegenstand der hier vorgestellten Bedarfsermittlung sind Bedingungs- und Einflussfaktoren auf die Entscheidungspraxis für/gegen ein Präventionsprogramm. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es zu rekonstruieren, wie Entscheidungsprozesse für/gegen ein Präventionsprogramm in der Praxis ablaufen. Fokussiert werden sollen entsprechende Akteur:innen in der Präventionspraxis, die über die Umsetzung von Präventionsprogrammen entscheiden. In der Praxis sind das vielfach Mitarbeiter:innen in der Verwaltung von einschlägigen Ministerien und Ämtern der Bildungs- und Jugendpolitik. Berücksichtigt werden dabei die präventiv arbeitenden Akteur:innen in den Bereichen Schule (Landesinstitute für Schulentwicklung u. vergleichbar), Kita (Leitungen und Mitarbeiter:innen) und Kommune (Jugendamtsleitungen und Mitarbeiter:innen in Bildungsbüros etc.). Da bislang kein systematischer und umfassender Einblick in die Entscheidungsprozesse der Präventionspraxis bekannt ist, wird ein qualitatives Vorgehen gewählt, um grundständig zu untersuchen, wie Entscheidungsprozesse gestaltet werden. Konkret wurden leitfadengestützte Einzelinterviews durchgeführt. Dabei

wird die notwendige Materialtiefe erreicht, sodass Entscheidungsprozesse der Akteur:innen sichtbar und verständlich gemacht werden können. Als Querschnittsaufgabe wird Prävention und insbesondere die Entscheidungen über präventive Maßnahmen vielfach und kontrovers diskutiert und aus unterschiedlichen Perspektiven beurteilt. Um entsprechende Diskussionen multiprofessioneller Gruppen rekonstruieren und untersuchen zu können, werden darüber hinaus zusätzlich Gruppendiskussionen in Fokusgruppen geführt.

Mithilfe eines Theoretical Samplings wurden sieben Akteur:innen für Einzelinterviews und 15 Akteur:innen für 3 Gruppendiskussionen rekrutiert. Die Interviewpartner:innen wurden entlang der Zuständigkeitsbereiche Schule, Kita und Kommune ausgewählt, während auf eine Streuung anhand soziodemographischer Daten des Samples geachtet wurde. 13 der Interviewpartner:innen waren weiblich, neun männlich. Die Befragten arbeiten zudem in acht verschiedenen Bundesländern.

Die Angaben der Befragten wurden einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2019) unterzogen. Die geäußerten Entscheidungskriterien und Bedingungsfaktoren eines Interviews wurden zunächst markiert. Anschließend wurden sie in einem folgenden Analyseschritt anhand inhaltlicher Ähnlichkeit gruppiert. Auf diese Weise entstanden vier Kategoriengruppen, die mit einem zusammenfassenden Oberbegriff benannt wurden. Im Rahmen der Analyse erweist sich dieses induktive Vorgehen als geeignet, da diese Vier-Kategorien-Lösung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen nötiger Trennschärfe und inhaltlicher Komplexitätsreduzierung mit sich bringt.

Die erarbeiteten Kategorien werden im Ergebnisteil vorgestellt und die entsprechenden Inhalte dezidiert und zusammenfassend wiedergegeben. Die Kategoriengruppen wurden darüber hinaus anhand des Interviewmaterials miteinander ins Verhältnis gesetzt. Daraus entstand ein Modell von Entscheidungsprozessen Präventionsak-

teur:innen, welches ebenfalls im folgenden Ergebnisabschnitt vorgestellt wird.

Ergebnisse

Als zentrales Ergebnis zeigen die Analysen, dass sich der umfassende Prozess von der Bedarfsklärung bis zur Implementation von Präventionsprogrammen in vier trennscharfe Prozesskomponenten unterteilen lässt:

1. Bedarf (er)kennen:

Bevor Befragte sich mit der Entscheidung auseinandersetzen, ein neues Präventionsprogramm (nicht) umzusetzen, wird ein Bedarf wahrgenommen oder ermittelt. Vielfach wird beschrieben, dass ein solcher Bedarf im Anschluss an durchgeführte Interventionen offensichtlich werde. Pädagogische Einrichtungen waren durch etwaige Vorfälle zunächst beunruhigt und dann „wachgerüttelt“ worden. Nachdem die konkrete Situation (sozial)pädagogisch bearbeitet wurde, verdeutlichte sich dann die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen und diese hatten eine höhere Wahrscheinlichkeit eingesetzt und finanziert zu werden. Darüber hinaus beschreiben die Interviewten, dass aus Bestandsanalysen der Bedarf an Präventionsprogrammen abgeleitet werden könne. Solche Bestandsaufnahmen werden z.B. in Form von eigenen Umfragen oder Sammlungen durchgeführter Präventionsprogramme bzw. eingesetzter Träger durchgeführt. Das Feststellen „blinder“ oder „weißer“ Flecken leitet die Präventionsstrategie mitunter an.

Ein vielfach besprochener Aspekt, der bei Befragten Bedarf erzeugt, ist die Aktualität von Präventionsfeldern und -themen. Viel diskutierte Themen und Schwerpunkte von Fachkongressen (z.B. Deutscher Präventionstag) führen mitunter zu einer Überprüfung der eigenen Präventionsangebote. Auch individuelle Gewohnheiten bringen Akteur:innen dazu, Bedarfe für Präventionsprogramme festzustellen. Einmal geknüpft Kooperationen werden aufrechterhalten und mehrfach bemüht. Regelmäßigkeiten und/oder Routinen erzeugen den kontinuierlichen Einsatz von präventiven Programmen.

2. Recherche

Um ein Präventionsprogramm beurteilen zu können und ggf. die Entscheidung zu treffen, dieses zu implemen-

tieren, müssen Beteiligte etwas über dieses Programm erfahren. Es stellt sich jedoch die Frage, was genau Beteiligte über Präventionsprogramme wissen möchten, auf welchem Wege sie sich diese Informationen beschaffen und welche Erfahrungen sie dabei bislang gemacht haben.

In den Befragungen wird deutlich, dass der Austausch mit Kolleg:innen häufig im Mittelpunkt der Recherche steht. Befragte möchten gern von anderen Nutzer:innen erfahren, wie ein Programm einzuschätzen ist. Sowohl Empfehlungen von Kolleg:innen in der eigenen Kommune, demselben Landkreis als auch dem gleichen Bundesland sind häufig eine wichtige Recherchequelle. Auch unterschiedliche Vernetzungsgremien und Kongresse werden vor diesem Hintergrund als wichtige Recherchemöglichkeiten eingeschätzt. Das Einholen der Erfahrungen von Kolleg:innen bietet Zugang zu informellen Informationen (bspw. ob die Verantwortlichen eines Präventionsprogramms „verlässlich“ oder „erfahren“ sind).

Daran anknüpfend ist auch das Kennenlernen der Programmanbieter:innen selbst ein wichtiger Schritt in der Recherche. Im Rahmen von exemplarischen Kurzworkshops, Gesprächen auf Großveranstaltungen etc. verschaffen sich Befragte einen Einblick in die Struktur des Programmanbieters, lernen Inhalte und insbesondere die Menschen „hinter dem Programm“ kennen. Es wird begutachtet, ob die Ideen, Umgangsweisen und Verhaltensweisen zu der potenziellen Zielgruppe passen. Folgerichtig wird in einem Interview sogar zwischen der „Papierlage“ und der „wirklichen“ bzw. „menschlichen“ Seite eines Programms unterschieden. Selbst eine gute und vielversprechende „Papierlage“ führt bei negativen Schilderungen von Kolleg:innen oder einem negativen persönlichen Eindruck der Anbieter:innen eher zu einer Ablehnung des Programms. Der Austausch mit Kolleg:innen oder Programmanbieter:innen erscheint daher wie ein „Master-Kriterium“ das entscheidende Bedeutung innerhalb der Recherche-Phase einnehmen kann.

Befragte beschrieben dabei aber auch, welche konkreten Kriterien ihnen sowohl in Gesprächen als auch darüber hinaus wichtig sind bei der Beurteilung eines Programms. Dazu gehört die Anschlussfähigkeit eines Präventionsprogramms. Befragte achten darauf, dass ein Präventionsprogramm in verschiedene Richtungen anknüpfungsbereit

ist: im besten Fall lässt es sich in eine Landesstrategie bzw. die Präventionspraxis des Bundeslandes integrieren, passt in das Entwicklungsprogramm/Qualitätsprogramm der Schule/Kita oder des Jugendamts selbst und ist vor allem im Bereich Schule in den Lehrplan der Klasse integrierbar. „Anknüpfbar“ heißt für die Befragten aber auch, dass ein Präventionsprogramm lückenlos an solche anschließen kann, die zuvor in der Schule/bzw. Klasse, Kita-Gruppe durchgeführt oder durch das Jugendamt finanziert wurden.

Selbstverständlich nehmen die Befragten auch die Rahmenbedingungen eines Präventionsprogramms in den Blick, wenn es um die Beurteilung von Präventionsprogrammen geht. Darunter fallen vor allem die anfallenden Kosten, der nötige Zeitrhythmus, die anvisierte Zielgruppe, der Name des Anbieters, das bisherige Zielgebiet (einzeln – flächendeckend), sowie – im Bereich Schule – die Schulartenspezifika. Befragten ist auch die Evidenzbasierung wichtig. Diese wird zwar als voraussetzungsvoll, aber auch mitunter entscheidend angesehen. Bisherige Angebote (z. B. Grüne Liste Prävention und Wegweiser Prävention) werden im Hinblick auf die Evidenzbasierung als erschöpfend und richtungsweisend beschrieben.

Schließlich wünschen sich Befragte Informationen über die Umsetzbarkeit von Präventionsprogrammen. Diese abstrakte Vorstellung wird mit konkreten Inhalten gefüllt: Die Umsetzbarkeit kann Kriterien wie z. B. die Qualität der Implementation, die Verständlichkeit und Rechte an Arbeitsmaterialien, die Klarheit der Strukturierung etc. betreffen. Präventionsprogramme dürften nicht überfordernd sein und die Ressourcen der Multiplikator:innen, Anbieter:innen usw. nicht übersteigen. Dabei wird auch auf die Implementationsstrategie eines Präventionsprogramms geschaut, um dessen Güte einzuschätzen. Unterstützt werden systemische Ansätze, die z. B. mithilfe einer Multiplikator:innen-Strategie vor Ort fortbilden und die Inhalte damit nachhaltig an der entsprechenden Einrichtung angliedern können.

3. Auswahl

Neben den bislang erwähnten Faktoren berichten Befragte auch von Auswahlprozessen. Nachdem ein Bedarf erkannt bzw. ermittelt wurde und notwendige Informationen über relevante Präventionsprogramme gesammelt wurden, muss ggf. eine Ent-

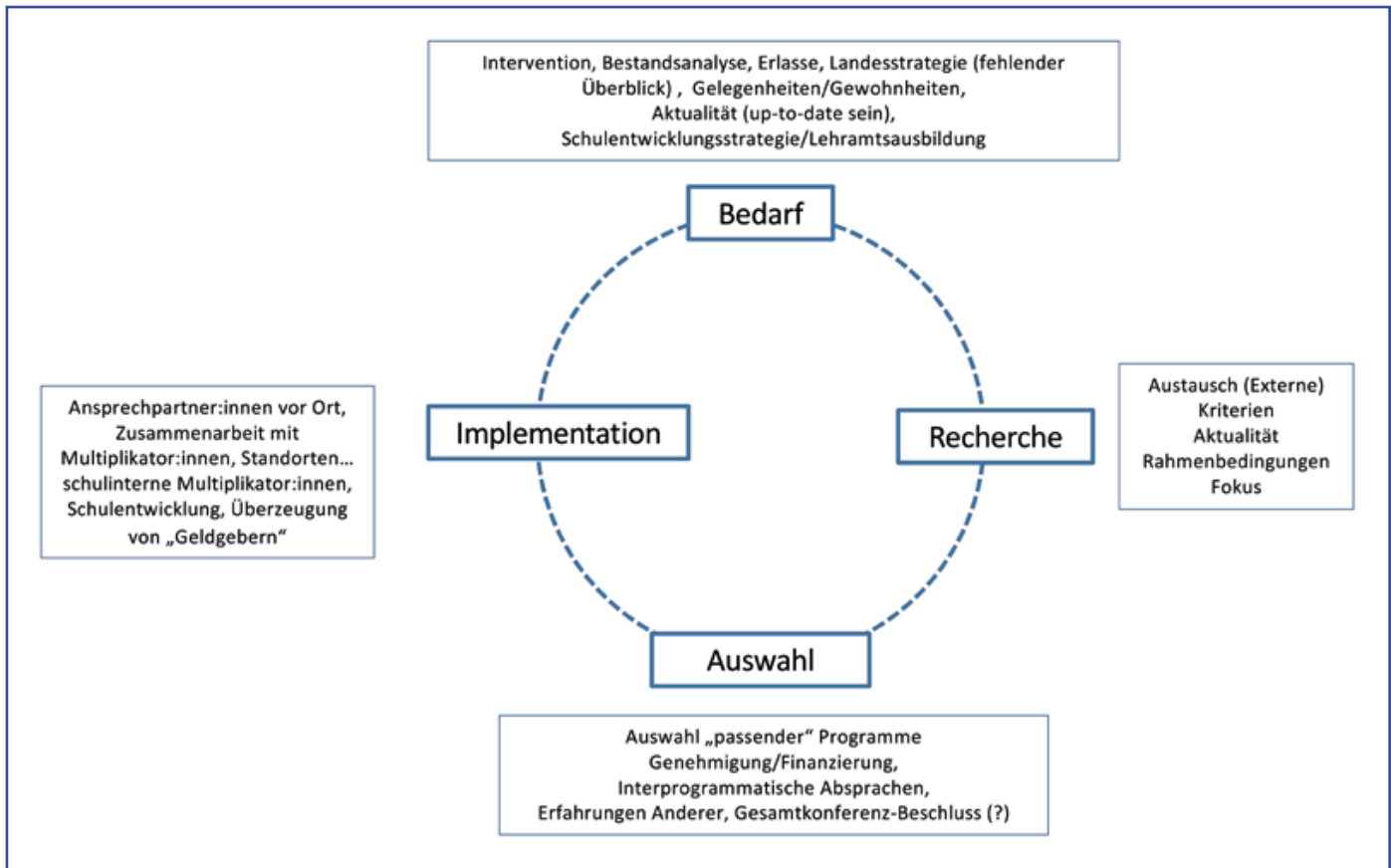


Abb. 1: Idealtypischer Zyklus der Beurteilung von Präventionsprogrammen

scheidung getroffen werden, welches Programm umgesetzt werden soll. Solche Schilderungen sind jedoch selten. Derartige Entscheidungen fallen individuell aus. Zudem sind sie neben der Berücksichtigung von expliziten Kriterien (z. B. Evidenzbasierung, Kosten, benötigter Zeitrahmen), die für relevante Programme über Informationsportale (Grüne Liste Prävention, Wegweiser Prävention) verglichen werden können, aber auch Ergebnis von diffusen Kriterien wie dem Urteil von Kolleg:innen oder dem Eindruck des persönlichen Kennenlernens. Zudem werden Finanzierungsmöglichkeiten angedeutet und thematisiert, jedoch nicht explizit zum Gegenstand des Auswahlprozesses erhoben.

4. Implementation

Hinsichtlich der Implementation bekräftigen Befragte, dass eine konstruktive Kommunikation zwischen allen beteiligten Akteur:innen auf der Steuerungsebene wichtig sei. Die Kommunikationsfähigkeit der Programmanbieter wird dabei zum Beurteilungskriterium. Dabei stehen Kriterien wie Verlässlichkeit, Erreichbarkeit und inhaltliche Qualität im Fokus. Wichtig ist es auch, dass unterschiedliche Akteur:innen der Programmanbieter die

selben Informationen wiedergeben und sich untereinander abstimmen. Zudem richten Befragte den Blick darauf, was tatsächlich bei den Schüler:innen an Prävention „ankommt“, wie effizient und praxisnah die begutachteten Programme sind. Für einige Befragte stellt es eine Herausforderung dar, zur Implementation evidenzbasierter Programme zu motivieren. Nur mit überzeugten Einrichtungen ist eine Implementation in diesem Bereich sinnvoll und effektiv.

Im Rahmen der Analyse wurde aus den oben vorgestellten Ergebnissen ein Modell entwickelt, das alle Komponenten der Beurteilung von Präventionsprogrammen vereint und in Zusammenhang bringt. Angaben aus unstrukturierten Expert:inneninterviews und zusätzlichen Literaturrecherchen werden teilweise ergänzend hinzugezogen. Mithilfe dieser theoretischen Vorüberlegungen und Recherchen wurden die Komponenten der Programmbeurteilung in einen idealtypischen Zusammenhang gebracht. Dieser sieht vor, dass sich die einzelnen Komponenten der Programmbeurteilung gegenseitig bedingen und nacheinander bearbeitet werden, bis der Zyklus geschlossen ist und ggf. wieder von vorne beginnen kann (vgl. Abb. 1).

Die Beurteilung eines Präventionsprogramms beginnt dementsprechend schon vor der entsprechenden Recherche: Zunächst gilt es, in der Praxis festzustellen, ob/welcher Bedarf an Präventionsprogrammen vorliegt. Welche Inhalte, Zielgruppen etc. sollen/müssen durch das Programm bedient werden? Dabei sind neben Bestandsaufnahmen (z. B. Kinder- und Jugendbefragung im CTC-Zyklus) auch weichere Anlässe in der Praxis bedeutsam (z. B. Aktualität bestimmter Präventionsthemen, Gewohnheiten, Verpflichtungen).

Wird ein entsprechender Bedarf wahrgenommen, begeben sich Akteur:innen der Steuerungsebene in die Recherche. Sie holen sich Rat von Kolleg:innen ein und recherchieren eigenständig möglichst breit gestreute und umfassende Kriterien (z. B. Nutzung von Informationsportalen, Austausch mit Kolleg:innen, Umsetzbarkeit, Kennenlernen der Programmanbieter).

Anschließend sprechen sie Empfehlungen aus und beraten Einrichtungen ggf. bei der Auswahl eines bestimmten Präventionsprogramms.

Schließlich begleiten sie den Prozess der Implementation.

Damit ist der idealtypische Zyklus geschlossen und beginnt anschließend

von vorn. Auch wenn dieser in der präventiven Praxis aus unterschiedlichen Gründen unterbrochen wird/werden muss, stellt dieses Modell der gängigen Beurteilungspraxis von Präventionsprogrammen eine Struktur bereit, die es zu unterstützen gilt. Es bietet eine Orientierung und Strukturierung, an welchen Übergängen und mit welchen Informationen und Tools Akteur:innen der präventiven Praxis unterstützt werden können und somit evidenzbasierte Prävention gestärkt werden kann.

Limitationen

Bei den berichteten Ergebnissen handelt es sich um erste Hinweise, aber noch keine wissenschaftlich belastbaren Erkenntnisse. Auf der einen Seite ist zu betonen, dass die Ergebnisse nicht im Rahmen eines wissenschaftlichen Forschungsprojekts entstanden sind, sondern Ergebnis einer Bedarfsermittlung mit dem Ziel einer praxisbezogenen Anwendung darstellen. Zudem drängt sich ein anschließendes quantitatives Verfahren auf, mithilfe dessen

die festgestellten Kriterien und Mechanismen in der Breite abgefragt werden sollten. Erst dann kann davon ausgegangen werden, dass das erarbeitete Modell praxistauglich ist und sich für eine Anwendung in der breiten Praxis eignet.

Zudem lassen sich die hier berichteten Ergebnisse in allen drei untersuchten Settings (Kita, Schule und Kommune) einheitlich wiederfinden und nachweisen. Es sei jedoch an dieser Stelle darauf verwiesen, dass es selbstverständlich spezifische Unterschiede in der Ablauflogik eines Entscheidungsprozesses insbesondere zwischen den Settings Kommune und Schule/Kita gibt, die an dieser Stelle zugunsten der Gemeinsamkeiten ausgespart bleiben. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die untersuchten Mechanismen nur einen Teil der Bedingungsfaktoren der präventiven Praxis abbilden und zusammenfassen können. Der Blick muss folglich erweitert werden für monetäre Verbindlichkeiten, die Qualität und Inhalte der Ausbil-

dung der Programmanbieter:innen und weitere zu identifizierende Bedingungen der Stärkung evidenzbasierter Prävention.

Fazit

Die vorgestellten Ergebnisse liefern Ansatzpunkte für weiterführende Unterstützungsmaßnahmen der präventiven Praxis. Mit dem Ziel, evidenzbasierte Prävention zu stärken, lässt sich der klare Auftrag ableiten, einen professionellen und qualitätsgesicherten Austausch zwischen Akteur:innen der Prävention sicherzustellen. Der Austausch unter Kolleg:innen ist ein essentieller Rechercheweg, der berücksichtigt und ausgebaut werden kann. Es gilt, Formate zu entwickeln, die diesen kontrolliert und systematisch zulassen. Zudem ist der Wert von Empfehlungsportalen zu betonen, die Akteur:innen Hilfestellung dabei bieten, evidenzbasierte Präventionsprogramme zu recherchieren und auszuwählen. Da die Evidenzbasierung zwar als wichtiges, aber gleichzeitig voraussetzungsvolles Kriterium beschrieben wird, gilt es, vorhandene Empfehlungen niedrigschwelliger und zielgruppenspezifisch aufzubereiten und darzustellen. Darüber hinaus kann es zum abstrakten Ziel erhoben werden, Akteur:innen darin zu unterstützen, den skizzierten Zyklus evidenzbasierter Präventionsentscheidungen vollständig und kontinuierlich verfolgen zu können. Dazu gehören entsprechende Angebote, die Akteur:innen dabei unterstützen, ihren Bedarf zu ermitteln, sie bei der Auswahl individuell geeigneter und passender Präventionsmaßnahmen zu begleiten und/oder Empfehlungen der Implementationsforschung zielgruppenspezifisch aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen.

Frederik Tetzlaff M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim DFK
 Kontakt: frederik.tetzlaff@bmi.bund.de

